

erstellt am: 02.11.2017

- öffentlich -

## Vorstellung des Projekts "FYOUTURE - wenn Demokratie leben lernt"

Ressort 4: Beigeordnete Becker  
Vorlage erstellt: 51 Jugend

### Beratungsfolge:

| Gremium:             | Datum      |
|----------------------|------------|
| Jugendhilfeausschuss | 20.11.2017 |

Ein Modellprojekt zur Förderung demokratischer Partizipation und politischer Artikulation junger Menschen in der Stadtgesellschaft  
(Projektlaufzeit: 9. August 2017 – 31. August 2020)

### 1. Einführung:

Solingen gehört inzwischen zu den zentralen Akteuren innerhalb der Förderung und Weiterentwicklung von Jugendpartizipation in NRW. Neben dem Jugendstadtrat zur Förderung institutioneller Partizipation wurden in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen zur Förderung der politischen Jugendbildung und niedrigschwelligen Jugendpartizipation erfolgreich umgesetzt. Die jugendpolitische Initiative FYOUTURE Solingen (ehemals *Einmischende Jugendpolitik Solingen*) hat u. a. das Jugendforum initiiert - ein jährliches, jugendpolitisches und niedrigschwelliges Veranstaltungsformat, bei dem junge Menschen zusammenkommen, um Forderungen zu entwickeln und diese mit Kommunalpolitik und Verwaltung zu diskutieren. Die Initiative wird koordiniert von der Jugendförderung der Stadt Solingen in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring, der AWO Arbeit & Qualifizierung GmbH (Jump In), dem Jugendstadtrat und jugendpolitisch engagierten Jugendlichen (zusammen bilden sie die *Planungsgruppe Einmischende Jugendpolitik*). Durch die verschiedenen Maßnahmen der politischen Bildung und Beteiligung in Solingen wurden junge Menschen mit demokratischen Prozessen und Beteiligungsmöglichkeiten vertraut gemacht, während gleichzeitig dafür Sorge getragen wurde, dass deren konkrete Anliegen (z.B. Maßnahmen gegen Rassismus) von Seiten der Kommunalpolitik und Verwaltung auch berücksichtigt werden.

Die Initiative FYOUTURE sowie ihre bisherigen Erfolge und Herausforderungen werden außerdem regelmäßig als „good practice“ auf Fachtagungen (z.B. dem deutschen Fachkongress der Kinder- und Jugendarbeit 2016, dem Jugendhilfekongress 2017) und bei Fortbildungen (z.B. für das Jugendamt Köln) vorgestellt. Die Jugendförderung als Koordination der Initiative berät ferner andere Kommunen (z.B. Soest) um erste Maßnahmen zur Förderung von niedrigschwelliger Jugendpartizipation in der Kommune zu installieren.

Trotz des erfolgreichen jugendpolitischen Prozesses stellen sich verschiedene Herausforderungen, die die Weiterentwicklung kommunaler Jugendpartizipation erschweren.

So fehlt eine gesamtstädtische Strategie zur Förderung und nachhaltigen Verankerung einer vielfältigen Jugendpartizipation. Grundvoraussetzung dafür ist es, dass sich städtische Strukturen (der Verwaltung und Kommunalpolitik) gegenüber Jugendlichen so niedrigschwellig öffnen, dass diese ihre Beteiligung innerhalb der Kommune als weitgehend „barrierefrei“ empfinden. Hierfür ist u .a. die Entwicklung einer partizipativen Haltung bei Fachkräften und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern notwendig, da die Beteiligung von Jugendlichen momentan noch größtenteils vom guten Willen Erwachsener abhängt.

Deshalb wird in Solingen ein Modellprojekt durchgeführt, das es sich zur Aufgabe macht, eine entsprechende kommunale Gesamtstrategie zu entwickeln und umzusetzen.

Das Modellprojekt soll dabei an den bisherigen jugendpolitischen Prozess anknüpfen und bewährten Konzepte (z.B. Kommunalpolitische Patenschaften; Jugendforen) berücksichtigen, ausbauen und verstetigen.

Jugendpolitisch engagierte Jugendliche, Kommunalpolitik und Verwaltung sollen zusammen eine Strategie zur sukzessiven, kommunalen Partizipation Jugendlicher erarbeiten, die sich folgenden Fragestellungen widmen soll:

- Wie gelingt es, dass Empfehlungen junger Menschen sowie ihre konkreten, situativen Anliegen von Kommunalpolitik und Stadtdienst innerhalb kommunaler Prozesse berücksichtigt werden?
- Wie kann die Anerkennungskultur gegenüber Jugendlichen (von Seiten der Kommunalpolitik und der Verwaltung) verbessert werden?
- Wie kann eine jugendgerechte Informationspolitik und Kommunikation innerhalb der Verwaltung aussehen?
- Wie können Verantwortlichkeiten für jugendliche Anliegen innerhalb der Verwaltung und Kommunalpolitik verbindlich geregelt werden?
- Wie kann Jugendpartizipation und Jugendgerechtigkeit in Ausschüssen verbessert werden.

Gleichzeitig sollen im Projektverlauf verschiedene Strategien zur Mobilisierung unterschiedlicher Jugendlicher entwickelt werden, um eine vielfältige und inklusive Jugendpartizipation auf den Weg zu bringen.

Die seit Jahren erfolgreiche Arbeit des Jugendstadtrates soll mit in diese Strategieentwicklung eingebunden werden.

## 2. Eckdaten zum Modellprojekt

Das Modellprojekt wird mit einem Betrag von 210.108, 32 Euro durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW gefördert. Projektlaufzeit: 09.08.2017 bis 31.08.2020.

Es richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene (14 bis 27 Jahre) mit und ohne jugendpolitische Erfahrung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Das Projekt ist in der Jugendförderung Solingen angesiedelt.  
Leitung des Projekts: Isolde Aigner, Jugendförderung Solingen

### 3. Bestandsaufnahme

Aktuell lassen sich zwei zentrale Herausforderungen innerhalb des jugendpolitischen Prozesses identifizieren:

- 1) Ausstehendes kommunales Bewusstsein zur flächendeckenden Verankerung von Jugendgerechtigkeit und -partizipation innerhalb der Stadtgesellschaft

Es gibt (noch) kein kommunales Bewusstsein, bzw. Selbstverständnis oder eine kommunale Strategie um Jugendpartizipation und Jugendgerechtigkeit als Querschnitt innerhalb städtischer, wie kommunalpolitischer Strukturen und Prozesse zu verankern.

- 2) Zu kleine jugendpolitische Reichweite

Viele unterschiedliche junge Menschen haben sich bisher jugendpolitisch beteiligt und zu einer lebendigen und vielfältigen Partizipation beigetragen. Einige der Jugendlichen sind seit Jahren aktiv und fungieren inzwischen als Multiplikatoren, in dem sie andere Jugendliche aus ihrem sozialen Umfeld mobilisieren, sich ebenfalls politisch einzubringen. Trotzdem sind es immer noch zu wenig junge Menschen in Solingen, die sich am jugendpolitischen Geschehen beteiligen. Hier fehlt es auch an konkreten Konzepten, wie junge Menschen, die sich bisher nicht politisch eingebracht haben, erreicht werden können. Viele wissen z.B. nicht, wie und wo sie sich kommunalpolitisch beteiligen können oder haben das Gefühl, dass ihre Meinung nicht wichtig ist.

### 4. Ziele des Modellprojekts

- 1) Es entsteht eine jugendgerechte kommunale Infrastruktur, bei der junge Menschen sowie ihre Anliegen und Empfehlungen von Seiten der Politik und Verwaltung selbstverständlich und auf eine wertschätzende Weise mitberücksichtigt, aufgenommen und in kommunalpolitische Prozesse überführt werden.
- 2) Junge Menschen mit unterschiedlichen Merkmalen hinsichtlich Migration, sozialer Herkunft und jugendpolitischer Erfahrung gestalten kommunalpolitische Prozesse selbstbestimmt, solidarisch und kritisch hinterfragend mit.
- 3) Im Projektverlauf werden Gelingensfaktoren und Stolpersteine bei der Entwicklung einer jugendgerechten kommunalen Infrastruktur mit einer vielfältigen, selbstbestimmten und solidarischen Beteiligungskultur identifiziert. Dieses Wissen wird in Form einer praktischen Handlungsempfehlung aufbereitet und dient anderen Kommunen in NRW als Vorlage für die Entwicklung und nachhaltige Verankerung von Partizipationsstrukturen vor Ort.

## 5. Projektansatz

Als erste Kommune in NRW möchte Solingen – modellhaft für andere Kommunen und unter Beteiligung von Kommunalpolitik, Verwaltung, und Jugend – in den nächsten drei Jahren eine kommunale Handlungsstrategie für eine vielfältige Jugendpartizipation in der Stadtgesellschaft sukzessiv entwickeln, nachhaltig verankern und schließlich umsetzen.

Diese Handlungsstrategie soll sich zum einen durch die Förderung einer vielfältigen Jugendbeteiligung, zum anderen durch die selbstverständliche Berücksichtigung und Anerkennung von Jugendlichen, ihren Perspektiven und Anliegen innerhalb Kommunalpolitik, Verwaltung und Jugendarbeit, auszeichnen.

## 6. Maßnahmen zur Projektumsetzung

Im Projektverlauf sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 1) Maßnahmen zur Schaffung eines Bewusstseins zur flächendeckenden Verankerung von Jugendgerechtigkeit und -partizipation in der Stadtgesellschaft. Dazu gehören:
  - Jugendpolitische Trialoge: etwa alle 9 Monate in Form eines ganztägigen, moderierten Workshops. Hier haben Jugendliche, Verwaltung und Politik gemeinsam die Möglichkeit, sukzessiv eine kommunale Handlungsstrategie für eine flächendeckende Jugendgerechtigkeit und Jugendpartizipation zu entwickeln.
  - Maßnahmen zur Verbesserung der Anerkennungskultur von Politik und Verwaltung und zur Förderung des Austauschs (z.B. Fortbildungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zur Sensibilisierung im Umgang gegenüber Jugendlichen); Veranstaltungen, die dem informellen Austausch zwischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und Jugendlichen dienen (z.B. Partys oder kulturelle Events in Jugendeinrichtungen)
- 2) Maßnahmen zum Ausbau einer vielfältigen Partizipation junger Menschen durch:
  - Angebote zur kommunalen Förderung der politischen Artikulation und Beteiligung (Jugendforen, politische Bildungsworkshops, Empowermentworkshops im Bereich Rhetorik in Jugendeinrichtungen und Schulen; jugendkulturelle Events).
  - Maßnahmen zur Förderung und Verbreitung vielfältiger Partizipation: Installierung eines Netzwerks der Jugendarbeit (und Jugendberufshilfe) in bestehenden Arbeitsstrukturen (ggf. in Zusammenarbeit mit AG78, AK OT).
  - Strategien zur jugendgerechten Öffentlichkeitsarbeit bzgl. der Jugendbeteiligung.
  - Entwicklung eines jugendgerechten Organigramms mit Ansprechpartnern aus Verwaltung und Kommunalpolitik (mit einer jugendgerechten, verständlichen Sprache; Verbreitung über von Jugendlichen genutzten sozialen Medien – beispielsweise in Zusammenarbeit mit einer der Projektgruppen des Jugendstadtrates).

- Strategien zur Partizipation benachteiligter Jugendlichen (in Kooperation mit u.a. dem Patenschaftsprojekt für junge Geflüchtete und „Alt-Solinger“ Jugendliche Peer-to-Peer der Jugendförderung Solingen und durch Angebote für Jugendliche im öffentlichen Raum).

## 7. Die ersten Arbeitsschritte:

- Installierung einer zentralen Koordinierungsstelle zur operativen Steuerung des Projekts. Die Koordinierungsstelle soll bestehen aus: Leitung des Modellprojekts; Abteilungsleitung der Jugendförderung; Geschäftsstelle des Jugendstadtrates; Bezirksverwaltungsstelle; Beigeordnete für Jugend, Schule, Integration, Kultur und Sport; Jugendhilfeplanung. Sie ist verantwortlich für die operative und strategische Steuerung des Projekts – beispielsweise zur verbindlichen Einbeziehung der Kommunalpolitik und Verwaltung sowie zur Umsetzung der Trialoge (siehe oben) als zentrale Maßnahme des Modellprojekts.
- Verzahnung mit dem Jugendstadtrat: Bildung einer dazugehörigen Projektgruppe im Jugendstadtrat, die offen ist für Nicht-Mitglieder; Entwicklung und Umsetzung von ersten Workshops und Projekten mit Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des Jugendstadtrates; Beteiligung des Jugendstadtrates bei der Umsetzung der Maßnahmen des Modellprojekts.
- Vorstellung des Projektes innerhalb der Handlungsfelder Jugend, Jugendarbeit, Schule Verwaltung (Staddienste) und Kommunalpolitik, erste Kooperationen.
- Entwicklung von Strategien zur jugendpolitischen Mobilisierung von Jugendlichen (durch die Zusammenarbeit mit den Handlungsfeldern der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Schule, Mobile Jugendarbeit, Jugendberufshilfe).
- Vernetzung mit dem Bundesprogramm Demokratie Leben sowie dem Landesprogramm NRWeltoffen (Teilnahme an „Arbeitsgruppe Demokratie und Menschenrechte Jugend“, Geplante Tagung zur Subjekt- und Demokratiebildung (2018); Unterstützung bei der Umsetzung von jugendpolitischen Forderungen (z.B. Bestandsaufnahme bzgl. Diskriminierungserfahrungen von Schülerinnen und Schülern)
- Durchführung erster jugendpolitischer Maßnahmen: Das Jugendforum am 1.Dezember 2017; ein Partizipationsprojekt für Jugendliche im öffentlichen Raum zur Gestaltung der Innenstadt – in Zusammenarbeit mit dem Jugendmobil und dem SD Stadtentwicklung.